

LESERBRIEFE

Wahlkampf mit Fakten

Es herrscht Wahlkampf. Viele teilen ihre Meinungen in Leserbriefen mit. Kandidierende zeigen ihr Profil und es werden Wahlempfehlungen abgegeben. Dieses tolle Instrument der Meinungsäusserung und Meinungsbildung schätze ich sehr und benutze es selber auch. Normalerweise lese ich die Leserbriefe und lasse diese für sich stehen. Mein Respekt für die Meinung anderer ist gross und ich finde, nur gemeinsam können wir Lösungen erarbeiten und unsere Gemeinschaft vorwärtsbringen. Den Leserbrief von Lucian Schneider vom Freitag, 24. März, kann ich jedoch nicht einfach stehen lassen. Seine Argumentationen, dass der Kanton Luzern aufgrund der Zuwanderung (insbesondere der explodierenden Asylzahlen) platzt, greift zu kurz. Diese Schuldzuweisung ist aus meiner Sicht zu einfach und plakativ.

Der Asylstatistik 2022 des Staatssekretariats für Migration können folgende Zahlen entnommen werden. 2022 haben 5236 Personen eine vorläufige Aufnahme erhalten. Dies sind 1346 Per-

sonen oder 34% mehr als im Vorjahr. Im gleichen Zeitraum ist die Anzahl erteilter Asylstatus um 553 gesunken auf 4816. Dies entspricht einem Minus von 10.3% gegenüber dem Vorjahr. Die Anzahl Nichteintretensentscheide aufgrund des Dublin-Verfahrens und der Rückübernahmeabkommen sind um 1688 auf 5097 gestiegen, was einem Plus von 34% entspricht. Für mich sind dies keine Zahlen, die explodieren.

Die Herausforderungen bei der Unterbringung von Flüchtlingen sind vielmehr eine Folge der Flüchtlingswelle des Krieges in der Ukraine. Per Ende Jahr betrug der Bestand von Personen mit Status S 62820. Dieser Status wird nicht im ordentlichen Asylverfahren erteilt. In den erwähnten Zahlen sind sie deshalb nicht enthalten. Die Schweiz hat eine langjährige humanitäre Tradition, auf welche wir alle stolz sein können. Wie gross diese Solidarität ist, zeigte sich im letztjährigen und auch anhaltenden Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger.

Dass Lucian Schneider die Wohnungsnot ausnutzt, um Stimmung gegen Schutzsuchende zu machen, ist scheinheilig. Denn es ist in erster Linie seine Partei die SVP und die bürgerliche Mehrheit auf Bundes- und Kantonsebene, welche für den Mangel an bezahlbarem Wohnraum verantwortlich ist. Der soziale Wohnungsbau wird nur ungenügend gefördert, der Mietschutz zunehmend aufgeweicht und eine aktive Bodenpolitik ist auch in Luzern nicht annähernd in Sichtweite. Plattformen wie Airbnb, welche Wohnungen an Touristen vermieten und so wertvollen Wohnraum verknappt, werden geschützt. Wobei hier die SP Stadt Luzern kürzlich einen wegweisenden Abstimmungssieg errungen hat. Die SP erarbeitet Lösungen für bezahlbaren Wohnraum, setzt sich ein für deine Kaufkraft und ein solidarisches Miteinander.

Lukas Brunner
Kantonsratskandidat SP, Reiden

Es harzt zünftig bei der Rentenreform

Diese Tage, eine spontane Begegnung mit einer lieben Bekannten auf offener Strasse. Gesprächsthema? Nein, nicht das Rheuma oder das Wetter, die Aussage ihres Schwiegersohnes, ganz unvermittelt: «Weisst du eigentlich, dass wir tagtäglich für euch Alten schuftet, damit ihr ein schönes Leben habt. Das muss jetzt einfach mal gesagt sein!» Wow, diese Aussage sass und fuhr auch bei mir heftig ein. Meine Bekannte, heute 70-jährig, pensionierte Bäuerin, Mutter von vier Kindern, selbstverständlich Mithilfe auf dem Hof mit grossem Gemüsegarten usw. hat nie auswärts gearbeitet. Das heisst, keine Einzahlungen in eine Pensionskasse oder AHV, vom Arbeitgeber mitfinanziert. Aber sie ist, wie wir Frauen und Mütter aus dieser Generation, anscheinend jetzt nur noch ein Kostenfaktor für die arbeitstätige, lohnbeziehende Generation. Zählt unser tagtäglicher Einsatz für den Betrieb, die Tiere, die Menschen, die Betreuung von Angehörigen, die Freiwilligenarbeit in Vereinen für eine solidarische Gemeinschaft nichts?

Am 6. Juli 1947 sagte das Schweizer Volk Ja zur AHV. 1948 wurden die ersten Renten ausbezahlt. Was für ein Segen! Die Fürsorge für erwerbsunfähige und betagte Menschen war bis ins 19. Jahrhundert weitgehend Sache von Familienangehörigen und gemeinnützigen Organisationen. Die Minimalrente betrug damals 40 Franken, was unter Berücksichtigung der Teuerung heute etwa 183 Franken entsprechen würde. Haben diese AHV-Bezüger als Arbeitnehmende ihre Altersvorsorge selber einbezahlt? Nein, und trotzdem war es ein Entscheid unserer Demokratie, dass wir Gelder auch gemeinnützig einsetzen wollen. Das Volk wusste, unserer Gemeinschaft Schweiz geht es nur gut, wenn alle Menschen eingemittelt sind, ihren gebührenden Platz haben.

Darum, die Rentenreform ist zwingend, auch ganz besonders aus dem Blickwinkel der Frauen, Bäuerinnen und Landfrauen, die oftmals neben all den Aufgaben in Familie, Haus und Hof nur Teilzeit arbeiten können. Ich befürworte klar die Eintrittsschwelle in die

BVG von 19845 Franken und dass 80% des Lohnes für tiefere Löhne in der zweiten Säule besser versichert sind.

Die zunehmende Polarisierung in Sachen Rentenreform ist Gift für eine gesunde, tragende Zukunft aller. Darum treffen wir uns in der Mitte. Da ist Platz für alle. Wir müssen einfach etwas näher zusammenrücken. Das fördert die Toleranz und wir finden Lösungen, die verbinden.

Margrit Kottmann-Wolfsberg, Ohmstal,
Kantonsratskandidatin Die Mitte 60+

Ende der Debatte

WAHLEN Mit den heutigen Beiträgen schliessen wir die Diskussion zu den kantonalen Wahlen vom kommenden 2. April ab. Es werden keine weiteren Leserbriefe mehr zu diesem Themenbereich veröffentlicht.

Redaktion WB

Begeisterung ist ansteckend

Zweifellos, es gibt sehr viele engagierte Lehrpersonen, die grossen Respekt und Wertschätzung verdienen! Ausgerechnet die eigenen Verbände und ein Teil der Lehrpersonen sind an einer verbesserungsfähigen Aussenwahrnehmung des Berufsbildes nicht ganz unschuldig. Ja, Kinder zu fördern und zu fordern, das ist ein Knochenjob, den unsere Lehrpersonen täglich erbringen und dafür mehr Anerkennung verdienen. Es reden wohl alle von der Wichtigkeit der Bildung, aber der Stellenwert guter Bildung wird immer wieder unterschätzt. Es geht letztlich darum, den Kindern und Jugendlichen die wichtigsten Grund- und Sozialkompetenzen zu vermitteln und sie aufs Leben, insbesondere aufs Arbeitsleben, vorzubereiten. Der Lehrberuf ist deshalb ein Förder- und Entdeckerberuf. Und er ist ein ausgeprägter Empathieberuf (wie auch der Pflegeberuf). In meinen Augen ist der Lehrberuf deshalb einer der spannendsten, kreativsten und sinnhaftesten Tätigkeiten überhaupt. Das

setzt begeisterte Lehrpersonen voraus. Andere begeistern kann aber nur, wer selber begeistert ist. In meiner Wahrnehmung besteht mehr als die «halbe Miete» in der Bildungspolitik bei leidenschaftlichen Lehrpersonen, damit Schulen spannende Orte sind und bleiben. Ich bin eine grosse Anhängerin des Gelingens, wozu die Lehrpersonen die nötigen Rahmenbedingungen und auch Freiheiten brauchen. Die Bildung ist viel zu komplex für einfache Antworten. Und trotzdem ist es wichtig, über die grossen Bildungsfragen und die Aufgaben der Lehrpersonen immer wieder in aller Gründlichkeit nachdenken. Vieles ist sehr gut aufgegleist, weshalb wir keine neuen Bildungsreformen brauchen, aber ein permanentes Nachdenken über die Herausforderungen einer lebendigen, sich ständig weiterentwickelnden Gesellschaft, ist zentral.

Claudia Huser, Luzern,
Regierungsratskandidatin GLP

Versorgungssicherheit

Der Krieg in der Ukraine führt uns klar vor Augen, wie fragil Versorgungslagen sein können. Engpässe in der Energie- und Lebensmittelversorgung müssen vermieden werden. Die Bevölkerung wächst heute schneller, als die landwirtschaftliche Produktion mithalten kann. Auch die behördlichen Auflagen für die Landwirtschaft nehmen zu. Zeitgleich steigen die Importe. Der Selbstversorgungsgrad sinkt. Will uns Links-Grün

noch stärker vom Ausland abhängig machen? Unsere Landwirtschaft versorgt uns mit gesunden, marktnah produzierten Nahrungsmitteln. Überbordende Ökologisierung und Bürokratie sind auf ein vernünftiges Mass zurückzufahren. Wir benötigen auch in Zukunft eine freie, produzierende Landwirtschaft.

Lucian Schneider,
Kantonsratskandidat SVP, Willisau

Witz des Tages

Schon öfter habe ich mich über das Niveau des «Witz des Tages» geärgert. Dieses Mal aber (WB vom 24. März) muss ich meinem Ärger Luft machen. In der heutigen Zeit einen derart primitiven, sexistischen und frauenfeindlichen «Witz» zu veröffentlichen, ist einer Zeitung nicht würdig. Dass dies von einem jungen Mann, der sich wohl sogar als modern empfindet, geschrieben wird, ist beschämend. Was für eine Kultur herrscht in dieser Redaktion, welche sowas zulässt. Das Ganze als Macke abzutun ist völlig

daneben. Eine Macke, ein Spleen oder eine Marotte erscheinen andern unlogisch und verrückt, aber verletzen niemanden. Sie sind allzu menschlich und machen uns eher liebenswert. Dies alles trifft hier in keinsten Weise zu.

Margrit Peter, Willisau

Die WB-Redaktion entschuldigt sich bei den Leserinnen und Lesern für diese Fehlleistung bzw. das Versagen der internen Kontrolle. Wir halten aber fest, dass Sexismus und Frauenfeindlichkeit mitnichten zur «Kultur» unseres Teams gehören. Stefan Calivers

BRIEF

aus dem Ständerat



Damian Müller
FDP, Hitzkirch

In der Frühlingssession haben wir im Parlament bei einigen wichtigen Themen Weichenstellungen vorgenommen. Dass ich nicht von allen Weichenstel-

Das ist gelebte Demokratie

lungen gleichermaßen überzeugt bin, gehört zur gelebten Demokratie.

Wohnungsknappheit und steigende Mietkosten an der Wurzel bekämpfen Aber der Reihe nach: Für viel Gesprächsstoff sorgten die anziehende Wohnungsnot und die steigenden Mietkosten. Bereits im letzten Herbst – als noch kaum jemand das Thema auf dem Radar hatte – habe ich dazu zwei Vorstösse eingereicht, die der Ständerat nun überwiesen hat. Im ersten Postulat fordere ich die Landesregierung auf, einen Bericht mit Antworten und darauf

basierenden Verbesserungsvorschlägen zur Bekämpfung der Wohnungsknappheit vorzulegen. Als Ausgangspunkt sollen die Gründe für die tiefe Leerwohnungsquote der Schweiz evaluiert werden. In einem zweiten Postulat zur Mietpreisexlosion in der Schweiz fordere ich den Bundesrat auf, die Gründe für die Preisentwicklung der Wohnungsmieten in der Schweiz seit 2002 darzulegen und die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Es ist klar: Um die Wohnungsnot und die Mietpreisexlosion zu lindern, muss wieder mehr Wohnraum geschaffen werden. Deshalb engagiere ich mich für eine Flexibilisierung der zu starren Lärmschutzvorschriften, für Lockerungen beim überbordenden Denkmalschutz, kürzere und digitalisierte Baubewilligungsverfahren, gegen willkürliche Einsprachen und eine Erhöhung der Ausnützungsziffer, damit der Boden besser genutzt werden kann und es mit einer massvollen Verdichtung endlich vorwärts geht.

Betreuung schwer kranker Kinder: Motion schliesst Gesetzeslücke

Gefreut habe ich mich, dass mit meiner Motion zum Betreuungsgesetz eine bestehende Lücke geschlossen werden kann. Es geht darum, dass per 1. Juli 2021 zwar ein Betreuungsurlaub für

Eltern schwer kranker Kinder eingeführt wurde. Die Praxis zeigt aber, dass die Hürden für den Bezug einer Erwerbsausfallentschädigung zu hoch sind. Eine Reduktion dieser Hürden ist deshalb notwendig. Neu soll von einer schweren gesundheitlichen Beeinträchtigung eines Kindes ausgegangen werden, wenn ein mindestens viertägiger Spitalaufenthalt Teil der Behandlung ist und mindestens ein Elternteil die Erwerbstätigkeit für die notwendige Betreuung des Kindes unterbrechen muss. Sowohl National- als auch Ständerat unterstützen meinen Auftrag.

Berufliche Vorsorge: Schnellschuss mit Folgen

Zum Schluss der Session hat das Parlament die Revision der beruflichen Vorsorge unter Dach und Fach gebracht. Glücklicherweise bin ich mit dem Resultat nicht. Gut ist, dass der seit vielen Jahren zu hohe Mindestumwandlungssatz gesenkt werden soll. Heute werden die Jungen massiv benachteiligt. Die Revision hat Stärken, aber leider auch offensichtliche Schwächen.

So sinken mit der Anpassung des Mindestumwandlungssatzes die Renten der Versicherten mit minimaler Lösung auf einen Schlag um rund 13%. Dabei sprechen wir von Renten von maximal

1800 Franken pro Monat. Es herrschte Konsens, dass Rentensenkungen für Menschen mit tieferen Einkommen vermieden werden müssen. Dies mit Massnahmen, die einerseits längerfristig ihre Wirkung entfalten: einer Anpassung der prozentualen Lohnbeiträge und der Ausweitung des Anteils am Lohn, der versichert wird (durch die Anpassung des so genannten Koordinationsabzugs). Andererseits durch zusätzliche Massnahmen für diejenigen Versicherten, die kurz vor der Pensionierung stehen.

Damit komme ich zur weniger guten Nachricht. Im letzten Moment führte ein wenig durchdachter Entscheid beim Koordinationsabzug dazu, dass zwei wichtige Eckwerte – über die sich eigentlich vorher alle einig waren – in der Vorlage nun nicht mehr erfüllt sind. Ersten sind die Zusatzkosten für Menschen mit tiefen Löhnen massiv höher als heute. Ihre Arbeitgeber müssen zudem ebenfalls mit Beiträgen rechnen, die sich vervielfachen können. Zweitens führt dieser Entscheid dazu, dass teilweise auch Erwerbstätige mit ohnehin schon tiefen Rentenaussichten noch spürbare Rentensenkungen hinnehmen müssen.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass künftig Teilzeiterwerbstätige mit

tiefem Beschäftigungsgrad und tiefem Einkommen mit höheren Renten rechnen können. Wir sprechen dabei allerdings von vielleicht fünfhundert statt dreihundert Franken pro Monat – von Beträgen also, die nach wie vor nicht reichen, um davon – zusammen mit einer durchschnittlichen AHV – im Alter leben zu können.

In der ganzen Debatte habe ich mich engagiert für die Einhaltung der genannten Eckwerte. Dies im Bewusstsein, dass nur eine ausgewogene Vorlage letztlich Chancen in einer Volksabstimmung hat. Umso grösser ist meine Enttäuschung, dass im letzten Moment der wenig durchdachte Entscheid beim Koordinationsabzug dies nun verhinderte. So blieb ich konsequent und habe mich in der Schlussabstimmung im Ständerat der Stimme enthalten. Ich sehe die Vorteile der Vorlage – die Reduktion der Quersubventionierung – ich sehe aber auch den (zu) hohen Preis, den viele Branchen und ihre Angestellten bezahlen müssten.

Ich erwarte, dass die nötigen Unterschriften für das Referendum schnell gesammelt sind. Das Stimmvolk wird voraussichtlich im März 2024 über die Vorlage entscheiden können. Und das ist gut so. Denn das ist gelebte Demokratie.